

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 20

Artikel: Ein Problem mit gemeinsamem Ursprung
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093347>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Problem mit gemeinsamem Ursprung

Die Ereignisse vom August in der Sowjetunion und seit Monaten schon in Jugoslawien sind unübersehbare Symptome des ewigen Konfliktes zwischen Zentralismus und Machtteilung, zwischen Föderalismus (im internationalen und nicht im schweizerischen Sprachgebrauch) und Konföderalismus (hierzulande etwas verwirrt als Föderalismus bezeichnet). Dieser Konflikt nimmt seinen Ursprung im einzelnen Menschen: Er drängt nach Freiheit, die ihn mit der damit verbundenen Verantwortung belastet, und er wünscht zugleich immer auch Obrigkeit, weil sie von der Verantwortung entlastet.

In der Sowjetunion ist der akute Konflikt zugunsten der Machtteilung ausgegangen, in Jugoslawien vorläufig zugunsten der zentralistischen Tendenzen der Serben. In beiden Fällen haben sich bemerkenswert starke nationalistische Kräfte bekundet.

Die Erscheinung ist zweifellos auf die totalitäre Diktatur zurückzuführen, die zentralistisch ausgerichtet ist: Es ist daher erstaunlich, dass auch im demokratischen Westeuropa Minderheiten zunehmend autonomistische Tendenzen bekunden. Der wachsende Nationalismus der Basken, Katalanen, Korsen, Jurassier, Südtiroler, Flamen, Bretonen, Waliser oder Schotten belegt diesen Umstand.

Die völlig anderen Voraussetzungen in Zentral- und Osteuropa einerseits und in Westeuropa andererseits scheinen nahezu zulegen, dass beide Symptome unterschiedlich zu bewerten sind. Wenn jedoch berücksichtigt wird, dass nationalistische Tendenzen in Zentral- und Osteuropa die Reaktion auf die zentralistische Diktatur darstellen, so erhebt sich die Frage, ob im Nationalismus Westeuropas nicht unbewusste Bedenken und Ängste vor der anstehenden Integration zum Ausdruck kommen.

Man muss sich, zum besseren Verständnis der Vorgänge, die Ambivalenz des Begriffs «Integration» vor Augen halten. Einmal stehen wir vor einem gewissermassen «materiellen» Integrationszwang. Als Folge des rasanten technischen Fortschritts mit seinen Auswirkungen auf so manches Gebiet ist ein Überspringen nationaler Grenzen – und damit auch der vertrauten engeren Kreise – in einem irgendwie gestalteten wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluss bis-

her souveräner Staaten unumgänglich geworden. Zugleich werden Krisenlagen internationalisiert und entziehen sich damit mehr und mehr den Lösungsmöglichkeiten auf nationaler Ebene. Die Umweltverschmutzung, die Bevölkerungsexplosion, die Migrationsströme, die Verschuldung, die Endlichkeit von Energie und Rohstoffen, die Entwicklungsproblematik sind vielsagende Beispiele. Dies alles erzeugt eine Verunsicherung der Zeitgenossen, die sich in der Virulenz von Nationalitäten- und Minderheitenfragen ebenso äussert wie in der gesteigerten Xenophobie.

Zudem gehört ein gewissermassen «ideelles» Integrationsbedürfnis zu den Eigenheiten des Menschen, der sich nur in der Gemeinschaft verwirklichen kann und auf den sozialen Verband angewiesen bleibt. Die Kehrseite dieses Integrationsbedürfnisses ist die Isolierungsangst im Blick auf die Vereinigung.

Der «materielle» Integrationszwang überspringt das «ideelle» Integrationsbedürfnis. Jener bezieht sich auf kontinentale Zusammenarbeit, dieses aber auf den kleineren, vertrauten, familiären Kreis. In diesem Licht gesehen, weisen die Nationalitätenprobleme in Europa hüben wie und drüben eine bedenkenswerte Gemeinsamkeit auf: Hier sind sie eine vorgreifende Reaktion auf den bewusst und unbewusst empfundenen Integrationszwang, dort sind sie eine nachträgliche Reaktion auf die aus ideologischen Gründen aufgezwungene Integration. In beiden Fällen wird Machtteilung als Gegengewicht zu übergewichtigem Zentralismus gefordert. Am Ursprung steht die dort erlebte und hier befürchtete Isolierung des einzelnen.

Die Schwierigkeiten der bedrängten Föderationen Sowjetunion und Jugoslawien stehen drüben nicht allein da. Ähnliche Probleme, wenn auch in milderer Form, bedrängen die Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien, sogar Ungarn und Polen, und selbst Litauen bekundet Mühe mit der polnischen Minderheit.

Diese Erscheinungen sind eine unübersehbare Warnung für Westeuropa, das aus sachlichen Gründen zu vermehrter Integration angehalten ist. Die Lehre, die sich aufdrängt, lässt sich in zwei Thesen formulieren:

1. Die Integration muss organisch in einer Geschwindigkeit vollzogen werden, die den Menschen die geistige Anpassung an die neuen Gegebenheiten erlaubt.
2. Den Nationalitäten und Minderheiten sind besseres Verständnis und grösserer Schutz zu gewähren.

Die zentralistische Integration wird von der Europäischen Gemeinschaft (EG) verfolgt. Wie hart diese Linie ist, zeigt sich auch in der Haltung Brüssels gegenüber den EFTA-Ländern bezüglich der Gestaltung eines Europäischen Wirtschaftsraumes: Sowohl ein angemessenes Recht auf Mitbestimmung als auch längerfristige Ausnahmeregelungen werden verweigert. Brüssel diktiert und übersieht auf tragische Weise, dass ein fair ausgestalteter Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) die beste und wirksamste Hilfe für die Sowjetunion und Jugoslawien hätte sein können. Denn die Einbindung in einen gemeinsamen Wirtschaftsraum nach dem Vorbild eines lebensfähigen EWR hätte beiden Föderationen die Entlassung von Republiken in die politische Souveränität erleichtert.

Die weitere Verfolgung einer so ausgeprägt zentralistischen Politik durch die Europäische Gemeinschaft lässt wenig Gutes für die Zukunft Europas erahnen. Wegen ihrer bedeutenden wirtschaftlichen Macht kann die EG vermutlich die straffe Integration der EFTA-Länder erzwingen. Sie kann allenfalls sogar eine politische Union der wichtigeren EG-Staaten herbeiführen. Aber es steht zu erwarten, dass im Augenblick, da in näherer Zukunft eine Akte der Vereinigten Staaten Europas unterzeichnet würde, deren Zerfall einsetzte. Das ist die Warnung, die trotz aller Unterschiede die Schwierigkeiten der Sowjetunion und Jugoslawiens für uns enthalten müssten.

Dabei ist das konföderale, im schweizerischen Sprachgebrauch föderalistische Element, das als Gegengewicht zu den zentralistischen Tendenzen in der EG zunehmend notwendig ist, in der ersten europäischen Institution der Nachkriegszeit, im Europarat, auf nahezu ideale Weise angelegt. Aber im Banne der wirtschaftlich-materiellen Probleme werden die politisch-ideellen Fragen in den Hintergrund gedrängt und wird der Europarat weit unter seinem Wert eingestuft. Das könnte sich rächen.